Erlass über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung und dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Einleitung

Um die bestehenden gesetzlichen Vorgaben des Bundesberggesetzes und seiner Nebengesetze im Sinne eines effektiven Verwaltungshandelns umzusetzen, ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) und der nachgeordneten Behörde dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) unerlässlich.

Die folgenden Maßgaben sollen eine angemessene und ökonomische Gestaltung der Zusammenarbeit und insbesondere eine erforderliche Information des MELUND im Einzelfall sicherstellen.

1. Koordination und Zusammenarbeit

1.1 Das MELUND und das LBEG sind bestrebt, die Zusammenarbeit und Effektivität des Verwaltungshandelns nachhaltig und stetig zu verbessern.

1.2 Hierzu findet turnusmäßig (2 x jährlich) ein Statusgespräch statt, an dem Vertreter des LBEG und Vertreter des MELUND teilnehmen. Aus besonderem Anlass können zusätzliche Statusgespräche erforderlich werden. Die Initiative zu diesen anlassbezogenen Gesprächen kann sowohl vom MELUND als auch vom LBEG ausgehen.

1.3 Das MELUND ist von dem LBEG bei außergewöhnlichen Ereignissen (z.B. schweren Unfällen, Betriebsstörungen etc.), die gemäß §§ 69 ff. BBergG der Bergaufsicht und den einschlägigen Rechtsverordnungen unterliegen, unverzüglich elektronisch zu informieren und, sofern das MELUND dies für erforderlich hält, im Rahmen eines Berichts weitergehend zu unterrichten.

2. Umgang mit bergrechtlichen Antragstellungen (Erlaubnisse, Bewilligungen, Haupt- und Rahmenbetriebspläne)

2.1 Zur Sicherstellung einer frühzeitigen Kenntnis innerhalb des MELUND über öffentlichkeitsrelevante bergrechtliche Vorgänge sind sämtliche auf die Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen sowie Sand und Kies (ausschließlich Offshore) in Schleswig-Holstein bezogene o.g. bergrechtliche Antragstellungen samt Ergänzungen und Änderungsanträgen (Erlaubnisse, Bewilligungen und o.g. Betriebspläne) vom LBEG unverzüglich nach Eingang an das MELUND elektronisch weiterzuleiten.

2.2 Das MELUND wird, sofern es eine Information der Öffentlichkeit nach Bewertung der eingegangenen Anträge für erforderlich hält, eine derartige Information eigenständig initiieren und bei Bedarf das LBEG um Mitwirkung bitten.

2.3 Die frühzeitige Information des MELUND durch das LBEG gemäß Ziffer 2.1 entbindet das LBEG nicht von der ihr verfahrensrechtlich obliegenden Pflicht zur Beteiligung des MELUND als Träger von öffentlichen Belangen gemäß § 15 BBergG bzw. § 54 Abs. 2 BBergG.

3. Verfahrensweise bei der Bearbeitung bergrechtlicher Anträge (Erlaubnisse, Bewilligungen, Haupt- und Rahmenbetriebspläne), die sich auf die Aufsuchung und

Gewinnung von Kohlenwasserstoffen sowie Sand und Kies (ausschließlich Offshore) in Schleswig-Holstein beziehen

3.1 Bei der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange sind die zuständigen Kreise und für das MELUND das Referat V 53 sowie nachrichtlich das Referat V 35 immer direkt vom LBEG einzubinden. Das Schreiben an die Kreise und das MELUND ist bei Bedarf mit einem Hinweis auf die Vertraulichkeit der Informationen zu versehen.

3.2 Im Rahmen der Erteilung und Verlängerung von Erlaubnissen und Bewilligungen gemäß §§ 7 und 8 BBergG in Verbindung mit §§ 11 und 12 BBergG sind die Gemeinden bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 15 BBergG zu beteiligen. Darüber hinaus informiert das LBEG diejenigen Gemeinden über das laufende Antragsverfahren, die im oder unmittelbar am jeweiligen Erlaubnis- oder Bewilligungsfeld liegen und gibt Ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Information erfolgt über die jeweiligen Ämter. Gemeinden, die keinem Amt angehören, sind direkt zu informieren. Im Anschreiben sind die Ämter zu bitten, die in Frage kommenden Gemeinden entsprechend zu informieren.

3.3 Im Rahmen der Zulassung von o.g. Betriebsplänen gemäß §§ 52 ff. BBergG sind die Gemeinden zu beteiligen, wenn sie als Planungsträger berührt sind (vgl. § 54 Absatz 2 Satz 1 BBergG).

Darüber hinaus informiert das LBEG diejenigen Gemeinden, die im oder unmittelbar am jeweiligen Erlaubnis- oder Bewilligungsfeld liegen, über das laufende Zulassungsverfahren, indem es die nach Ziffer 2.2 erfolgte Information (in der Regel Pressemitteilung) den Ämtern mit der Bitte um Weiterleitung an die Gemeinden zur Verfügung stellt.

3.4 Vor der beabsichtigten Bescheidung von bergrechtlichen Anträgen (Erlaubnisse, Bewilligungen, o.g. Betriebspläne) ist ein Entwurf des Bescheids elektronisch dem MELUND zur Kenntnisnahme zuzusenden. Soweit eine Bescheidung im Rahmen der Zulassung von einer oder mehreren beantragten Explorationsbohrungen zum Zwecke der Aufsuchung (nur bei Kohlenwasserstoffen) oder der Erteilung einer neu beantragten Erlaubnis und/oder Bewilligung erfolgt, ist abweichend von Satz 1, eine Freigabe des MELUND erforderlich.

3.5 Die Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen sowie die Zulassung von neuen o.g. Betriebsplänen sind bei Bedarf vom MELUND mit einer inhaltlich verständlich aufbereiteten Presseinformation zu verbinden. Das MELUND wird sich dazu, soweit erforderlich, mit dem LBEG abstimmen.

3.6 Bei Vorliegen von Gefahr für Leben oder Gesundheit der Beschäftigten des Betriebs oder Dritter kann das LBEG unverzüglich abweichende Maßnahmen treffen (vgl. z.B. § 57, 72 BBergG). Von diesen Maßnahmen ist das MELUND unverzüglich im Nachgang zu informieren.

4. Weitere Presseinformationen

Presseinformationen des LBEG, die Themenbereiche des gesetzlichen Aufgabenkatalogs betreffen, die nicht unter die Ziffern 2.2 und 3.5 fallen, werden dem MELUND zur Abstimmung vorgelegt.

5. In- und Außerkrafttreten

5.1 Mit Inkrafttreten dieses Erlasses tritt der Erlass „Erlass über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländlich Räume und dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie“ vom 27.12.2016 außer Kraft.

5.2 Dieser Erlass tritt am 01.11.2019 in Kraft.

Mit freundlichen Grüßen